

Bericht

des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 104 der Beilagen) über den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Jahr 2020 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2020, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2021 bis 2024 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden
(Landeshaushaltsgesetz 2020 - LHG 2020)

Der Finanzausschuss hat sich in der Sitzung vom 27. November 2019 mit der Vorlage befasst.

Landeshauptmann Dr. Haslauer bedankt sich in seiner einleitenden Wortmeldung beim Landesfinanzreferenten, bei Mag. Dr. Huber und insbesondere bei HRⁱⁿ Mag.^a Pumberger-Langthaler, um deren letztes Budget es sich handle. In der Generaldebatte stellt Landeshauptmann Dr. Haslauer fest, dass es sich beim vorliegenden Budget um ein ausgeglichenes Budget handle. Einzahlungen von rund € 2 Mrd. stünden Auszahlungen von etwa € 3 Mrd. gegenüber. Es ergebe sich eine Unterdeckung von € 62,7 Mio., die jedoch durch liquide Mittel gedeckt sei, weshalb von einem ausgeglichenen Budget gesprochen werden könne. Das Budget verfolge weiterhin die Linie der Schuldentilgung, ohne dabei soziale oder andere Aufgaben zu vernachlässigen. Für die Schuldentilgung seien 2020 € 6,5 Mio. geplant. Dies eröffne Spielräume für weitere Investitionen. Allein bei den Zinszahlungen seien € 30 Mio. bis € 40 Mio. weniger im Jahr zu leisten. Das Maastricht-Defizit betrage rund € 112,3 Mio. Budgets seien immer Maastricht-problematisch, aber im Vollzug erwirtschaftete man Überschüsse, was sich auch in den bisherigen Rechnungsabschlüssen gezeigt habe. Die Entwicklung der Abschreibungen im Verhältnis zu den Investitionen zeige, dass Vermögen des Landes erhalten bliebe. Landeshauptmann Dr. Haslauer zeigt sich überzeugt davon, dass es wieder gelingen werde, mehr Schulden als ursprünglich geplant zu tilgen. Zu den Schwerpunkten im Budget informiert Landeshauptmann Dr. Haslauer, dass einer davon bei der Pflege liege. Dafür sei bereits ein umfangreiches Maßnahmenpaket gestartet worden. Für die Umsetzung habe man für 2020 € 10 Mio. mehr im Budget vorgesehen. Wichtig zu erwähnen sei hier beispielsweise die zusätzliche Pflegeausbildung in Schwarzach aber auch eine PR-Aktion für den Pflegeberuf, in deren Rahmen unter anderem eine Internet-Plattform eingerichtet worden sei. Dabei seien bereits über 900.000 Zugriffe auf die dafür eingerichtete Website, die über Pflegeausbildung informiere, registriert worden. Der Bereich des öffentlichen Verkehrs weise gegenüber 2018 ein Plus von 40 % auf. Auch im Bereich des Klimaschutzes seien zusätzliche Mittel vorgesehen, um beispielsweise den Austausch von Ölheizungen zu fördern oder Photovoltaik auf Dachgroßflächen. Ein weiterer Schwerpunkt liege in der Fachkräfteausbildung, da es eines der größten Probleme der Unternehmen sei, ausreichend Fachkräfte zu finden. Insbesondere habe man sich diesbezüglich vorgenommen, Salzburg zum lehrlingsfreundlichsten Bundesland Österreichs zu machen. Insgesamt habe man für den Bereich Fachkräfteausbildung fast € 1,5 Mio.

dotiert. Auch in Forschung und Wissenschaft könne man die alljährlich vorgesehenen Mittel weiter erhöhen, dieses Mal wieder um € 1 Mio. Im Bereich der Museen investiere man ebenfalls intensiv, beispielsweise mit dem Neubau des Besucherzentrums im Freilichtmuseum. In Kürze würden erste Planungsarbeiten für ein Bundesmuseum für Fotografie in Salzburg begonnen. Hier müsse man natürlich noch die Bildung der neuen Bundesregierung abwarten. Weitere Projekte im Museumsbereich seien unter anderem die Einrichtung eines Standortes der Galerie Belvedere im zweiten Innenhof der Residenz, der Ausbau des Keltenmuseums und der Festung am Kniepass. Im Bereich der Gesundheit sei bereits enorm viel passiert und stelle dies einen weiteren Schwerpunkt für 2020 dar. Investiert werde unter anderem in die CDK, den Abschluss der Sanierung des Krankenhauses Tamsweg, aber auch in die Umsetzungen des Masterplanes für das Krankenhaus Schwarzach. Rund 27 % des Landesbudgets gingen im Bereich Gesundheit auf, das seien etwa € 800 Mio. Daran könne man sehen, welchen Stellenwert dieser Bereich habe. Beim Thema Wohnbau sei vor allem auf den für 2020 geplanten Schwerpunkt Mietensenkungsprogramm zu verweisen. Bereits im Jahr 2019 habe man ein Mietensenkungsprogramm für rund 10.000 Wohnungen durchgezogen. Das zweite Mietensenkungsprogramm betreffe alle geförderten Mietwohnungen, die zwischen 2006 und 2015 errichtet worden seien und keinen günstigen Mietverlauf hätten. Zusammenfassend hält Landeshauptmann Dr. Haslauer fest, dass es sich um ein solides Budget handle, mit dem man den anstehenden Herausforderungen durch Schwerpunktsetzungen in gesellschaftlich besonders relevanten Bereichen wie Pflege, Gesundheit, Verkehr und Wohnen zu begegnen versuche. Gleichzeitig werde man auch den Pfad der Schuldentilgung weiter verfolgen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl weist zu Beginn seiner Wortmeldung darauf hin, dass er nun, inklusive dem Nachtragsbudget von 2013, bereits zum achten Mal ein Budget vorlege. Seit 2015 habe man nicht nur jedes Rechnungsjahr positiv abgeschlossen, sondern auch jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag für die Schuldentilgung einsetzen können. Insgesamt habe das Land seit 2013 somit bereits € 875 Mio. zurückbezahlt. Der gegenständliche Voranschlag sei das zweite Budget, das rein doppisch aufgebaut sei. Der Voranschlag beinhalte gemäß dem Drei-Komponenten-System der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) somit den Finanzierungs-, den Ergebnis- und den Vermögenshaushalt. Die Umstellung von der reinen Einnahmen-Ausgaben-Rechnung hin zur doppelten Buchhaltung sei gut gelungen. Das habe sich schon beim Rechnungsabschluss 2018 gezeigt. Nur rund 5 % der Ansätze seien zu evaluieren. Auf Grundlage der VRV 2015 habe man nun fünf Jahre Zeit, diese Evaluierung umzusetzen. Der Bund sei sich dessen bewusst gewesen, dass ein solches Jahrhundertprojekt keine 100%ige Punktlandung sein könne und daher Möglichkeiten zur Nachbesserung vorgesehen. Dass diese bei nur etwa 5 % der Ansätze notwendig seien, sei erfreulich und gebühre der Landesbuchhaltung, der Finanzabteilung und allen anderen Beteiligten großer Dank. Er bedanke sich bei allen Abteilungen, die sowohl die Zahlen geliefert als auch die Erläuterungen zusammengestellt hätten, insbesondere dem Leiter der Finanzabteilung Mag. Dr. Huber und Referatsleiterin HRⁱⁿ Mag.^a Pumberger-Langthaler, die tolle Arbeit geleistet hätten. Mit dem Budget 2020 setze die Regierung den Erfolgskurs der letzten Jahre fort, indem ein ausgeglichenes Budget vorgelegt und auch der Kurs des Schuldenabbaus fortgesetzt werde. Ein Budget stelle das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm für das

nächste Jahr dar. Mit dem Voranschlag 2019 - Landeshauptmann Dr. Haslauer habe es bereits erwähnt - setze die Landesregierung mit diesem Zahlenwerk mittelfristig Schwerpunkte, die ihr ganz wichtig seien, wie zB Pflege und Betreuung, Klimaschutz, Mobilität, Spitals-Offensive, Mietensenkung, Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und auch Ausbau der Kinderbetreuung mit der Umsetzung des neuen Kinderbetreuungsgesetzes. Hinsichtlich der Erläuterungen zum Voranschlag sei er davon überzeugt, dass wieder ein Schritt zur Verbesserung gemacht worden sei, hin zu mehr Verständlichkeit und aussagekräftigeren Erklärungen. Natürlich gebe es immer wieder Möglichkeiten, die Erläuterungen noch besser zu machen. Er sehr aber der Ansicht, dass sich die meisten Fragen durch die Erläuterungen klären ließen. Neben den Erläuterungen sei wieder allen Klubs eine pdf-Datei mit den Detailnachweisen übermittelt worden. Damit sei es möglich, sich wirklich bis hinunter zur Sachkontenebene alles anzusehen. dAnhand einer kurzen Power-Point-Präsentation erläutert Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl sodann die Eckpunkte des Voranschlages 2020. Dabei geht er zunächst auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Landesbudget ein. Hierbei sei zunächst das Wirtschaftswachstum, also die reale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Prozenten, eine wichtige Größe. Besonders in den Jahren 2011 bis 2013 habe es einen starken Einbruch beim Wirtschaftswachstum in Österreich gegeben. Danach sei es zu einem stetigen Anstieg bis 2018 gekommen. Ab 2019 sinke die Kurve wieder und für 2020 haben man auf Anraten bzw. Vorgabe des Bundesministeriums für Finanzen ein Wirtschaftswachstum von lediglich rund 1,5 % als Planungsgrundlage für den Voranschlag herangezogen. Die Inflationsrate sei seit 2017 mit etwa 1,5 bis 2 % konstant. Vor allem für die Ausgabensteigerungen im Personalbereich spiele die Inflationsrate eine große Rolle für das Budget. Beim Vergleich zwischen der Arbeitslosenquote in Salzburg und der bundesweiten Arbeitslosenquote zeige sich, dass Salzburg hier sehr gut unterwegs sei. Auch beim Bruttoregionalprodukt habe Salzburg Wien mittlerweile überholt und gehöre damit zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Regionen in Europa. Zum Landesvoranschlag 2020 selbst führt Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl aus: Der Ergebnishaushalt weise Erträge von € 2,7 Mrd. und Aufwendungen von knapp über € 3 Mrd. auf. Das führe zu einem Nettoergebnis von rund minus € 273 Mio. Beim Finanzierungshaushalt seien Einzahlungen von € 2,92 Mrd. und Auszahlungen von knapp über € 3 Mrd. ausgewiesen. Das ergebe ein Minus von € 62,7 Mio. Diese Differenz könne aber durch liquide Mittel, also Kassenbestand, aufgefangen werden. Dadurch sei es auch heuer wieder möglich, einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Im Unterschied zum Finanzierungshaushalt enthalte der Ergebnishaushalt keine Investitionen, keine Aufnahme bzw. Tilgung von Schulden, keine Gewährung von Darlehen, dafür aber die Abschreibungen sowie die Dotierung und Auflösung von Rückstellungen. Die Zahlen seien deshalb auch etwas unterschiedlich. Die Hauptursache für die Abweichung des Nettoergebnisses aus dem Voranschlag 2019 zum Voranschlag 2020 seien die Rückstellungen, die Landeshauptmann Dr. Haslauer bereits erwähnt und erklärt habe. Aufgrund der derzeitigen Zinssituation seien im Bereich der Pensionsrückstellungen erhebliche Dotierungen erforderlich. Im Voranschlag 2019 sei man jedoch noch von einer Auflösung der Rückstellung ausgegangen. Bei den Abschreibungen auf das abnutzbare Anlagevermögen liege man in etwa gleich wie im Vorjahr, bei rund € 80 Mio. Demgegenüber stünden Investitionen in das Anlagevermögen von über € 78 Mio. Das bedeute, dass man

ziemlich ausgeglichen unterwegs sei. Zu den Auszahlungen im Finanzierungshaushalt 2020 erläutert Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl, dass mit 27,6 % der größte Teil auf den Bereich Gesundheit und Spitäler entfiele. Für den Bereich Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft habe man rund 20 % veranschlagt, gefolgt von Sozialausgaben in Höhe von rund 15 %. Der Bereich Finanzwirtschaft mache etwa 11 % und der Bereich allgemeine Verwaltung und Vertretungskörper etwa 10 % aus. Die restlichen Ausgaben beträfen die Bereiche Dienstleistungen, Wirtschaftsförderung, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, Kunst und Kultur. Eine ganz wichtige Aufgabe des Landes sei es, entsprechende Investitionen zu tätigen, also das Vermögen möglichst zu vermehren. Das könne man auch an der Entwicklung der Gesamtinvestitionen ablesen. Während die Auszahlungen für Investitionen im eigenen Bereich im Rechnungsabschluss 2018 rund € 50 Mio. betragen hätten, bewege man sich mit diesem Budget Richtung € 80 Mio. Der Finanzierungshaushalt stelle die Investitionstätigkeiten im Bereich „investive Gebarung“ dar. Im Voranschlag 2020 seien viele Auszahlungen im Investitionsbereich vorgesehen, zB Straßenbauprojekte, Investitionen ins Konradinum, der Grundankauf für die Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung usw. In der Summe machten die Investitionen, wie schon erwähnt, rund € 78 Mio. aus. Größere Investitionen tätige man außerdem in das Anlagevermögen Dritter. Hierbei handle es sich um Kapitaltransfers. Beispielsweise fließe Geld in den Gemeindeausgleichsfonds, in den Wohnbau, aber auch an die SALK und andere Spitäler. Große Investitionen plane man etwa im Tauernklinikum, aber auch beim Masterplan Schwerpunkt Krankenhaus Schwarzach, wie etwa den gesamten Neubau der Psychiatrie und der Operationssäle usw. Auch für die Schafbergbahn sei eine Auszahlung für Investitionen vorgesehen. Insgesamt beliefen sich die Investitionen ins Anlagevermögen Dritter auf die stattliche Summe von rund € 266 Mio. Die Auszahlungen von gewährten Darlehen sowie gewährten Vorschüssen, darunter seien Bezugsvorschüsse, Wohnbaudarlehen und Annuitätenvorschüsse zu verstehen, betrügen € 40,5 Mio. Die Summe aller Auszahlungen in der investiven Gebarung habe sich vom Rechnungsabschluss 2018 von € 305,5 Mio. auf € 385,3 Mio. im Voranschlag 2020 erhöht. Es sei also eine wesentliche Steigerung in den letzten Jahren zu verzeichnen. Zu den Finanzschulden weise er nochmals darauf hin, dass diese in den letzten fünf Jahren insgesamt um € 875 Mio. gesenkt worden seien. Es sei einzigartig in der Geschichte des Landes Salzburg, dass so viele Schulden in so kurzer Zeit rückgeführt worden seien. Diesen Kurs wolle die Landesregierung auch für 2020 beibehalten. Im Hinblick auf die Struktur der Schulden räume er ein, dass das Land nicht viele Tilgungsdarlehen habe. Die meisten Darlehen des Landes seien endfällig. Aber bei den tilgenden Darlehen werde man auf alle Fälle 2020 immerhin € 6,5 Mio. zurückzahlen. Er sei sogar davon überzeugt, dass durch entsprechende Disziplin und strengen Budgetvollzug im kommenden Jahr wesentlich mehr als diese € 6,5 Mio. zurückgezahlt werden könnten. Dafür sei natürlich Voraussetzung, dass auch die Wirtschaft weiterhin gut laufe. Nur so könne man diesen Erfolgskurs weiterführen. Die Landesregierung habe sich im Jahr 2019 ganz besonders bemüht, durch strengen Budgetvollzug möglichst mehr zurückzuzahlen. Dies sei auch gelungen. Man habe auch alle endfälligen Kredite bedienen können und keine Rollierung machen müssen. Das Jahr laufe zwar noch, aber er könne jetzt schon sagen, dass man insgesamt ungefähr € 130 Mio. werde zurückzahlen können. Für 2020 habe man Umschuldungen in Höhe von € 175 Mio. geplant. Das betreffe endfällige Kredite. Grundsätzlich werde man versuchen, diese bei Fälligkeit 2020 zu tilgen.

Sollte dies nicht zur Gänze gelingen, müsse man einen Teil umschulden und auf neue Beine stellen. So wie die Zinssituation derzeit aussehe, werde das aber auf alle Fälle mit wesentlich weniger Zinsaufwand als in früheren Jahren verbunden sein. Im Rechnungsjahr 2014 hätten sich die Finanzschulden noch auf € 2,2 Mrd. belaufen. Mit dem Rechnungsjahr 2019 werde man die Schulden auf rund € 1,33 Mrd. reduziert haben. Das sei eine sehr wesentliche Entwicklung. Dadurch habe sich das Land sehr viel an Zinsendienst sparen können. Im Jahr 2013 habe das Land noch über € 60 Mio. an Zinsen zu zahlen gehabt. Im Jahr 2020 werde sich der Zinsendienst erfreulicherweise nur mehr auf etwa € 30 Mio. belaufen. Das Geld, das man hier einspare, könne für Investitionen und die vielen Aufgaben, die das Land habe, eingesetzt werden. Zum Maastricht-Ergebnis sei auszuführen, dass im Voranschlag 2019 ein Minus von € 84 Mio. prognostiziert worden sei, im Voranschlag 2020 ein Minus von € 112 Mio. Bei der Berechnung des Strukturellen Saldos sehe der Stabilitätspakt eine Regelgrenze vor, der man sich annähern solle. 2019 habe diese Regelgrenze minus € 24,9 Mio., im Jahr 2020 minus € 25,8 Mio. betragen. Die Abweichung von Regelgrenze belaufe sich im Jahr 2019 auf minus € 62 Mio. und 2020 auf minus € 101,1 Mio. Im laufenden Budgetvollzug könne er aber für 2019 jetzt schon sagen, dass sich das Maastricht-Ergebnis sehr stark verbessern werde. Er sei davon überzeugt, dass aus der roten Zahl wieder eine schwarze werde. Auch 2020 werde die Landesregierung wieder alles unternehmen, um die prognostizierte Abweichung von der Regelgrenze von minus € 101 Mio. zu verbessern. Die Sorgen das Strukturelle Defizit betreffend hielten sich auch daher in Grenzen, weil es seit 2015 möglich sei, die jährlichen Maastricht-Ergebnisse fortzuschreiben. Mittlerweile habe das Land Salzburg ein sattes Guthaben auf seinem Kontrollkonto. Darüber sei er sehr froh. Die Länder hätten diesbezüglich zwei Jahre wirklich hart mit dem Bund verhandeln müssen, um zu erreichen, dass die in den Ländern erwirtschafteten Überschüsse auch diesen gutgeschrieben und nicht vom Bund kassiert würden. Zum Abschluss seines Überblicks über den Voranschlag 2020 bedankt sich Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl nochmals ausdrücklich bei allen Abteilungen dafür, dass die Zusammenarbeit mit der Finanzabteilung so gut funktioniere, sodass man sowohl bei der Erstellung des Budgets als auch beim Budgetvollzug immer gut abgestimmt sei. Hier werde sehr professionell und auch mit großer Verantwortung gearbeitet. Es werde sehr darauf Bedacht genommen, dass nicht Ausgaben getätigt würden, die nicht notwendig seien. Man bemühe sich auch laufend zusätzliche Einnahmen zu lukrieren, beispielsweise aus Programmen und Förderungen der EU. Alle Abteilungen seien sehr bemüht und leisteten eine tolle Arbeit.

Zum Finanzbericht führt Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl aus, dass dieser zweimal jährlich - Ende August und Ende Oktober - zu erstatten sei. Im Vergleich zum letzten Bericht sei im Grunde genommen wenig Veränderung festzustellen. Bei den Wertpapieren und den abgeleiteten Geschäften sei es so, dass die meisten in der Abwicklungsphase seien. Wie bei anderen Gelegenheiten schon öfter erwähnt, gebe es aber ein Wertpapier, Anthracite, das große Sorgen bereite. Diese Wertpapierkonstruktion sei sehr komplex. Er wolle daher ein wenig ausführen, wie sich die Situation dort darstelle. In den Finanzberichten der Jahre 2014 und 2015 habe er auch schon immer wieder über dieses Wertpapier berichtet. Eigentlich wäre Anthracite im Jahr 2019 ausgelaufen. Warum sei es aber nicht ausgelaufen? Dieses Investment hänge noch mit dem Konkurs von Lehman Brothers zusammen. Dessen Abwicklung

sei nach wie vor nicht abgeschlossen. Der Sachverhalt werde außerdem dadurch noch komplexer, dass im Jahr 2010 von der zuständigen Sachbearbeiterin eine Art Schad- und Klagloshaltungserklärung zu diesem Investment abgegeben worden sei. Diese Erklärung sei aus Sicht des Landes und aus Sicht externer Rechtsexperten nicht rechtsgültig zustande gekommen. Trotzdem habe im Lauf des Vorjahrs der Treuhänder nachgefragt, ob diese Erklärung verlängert werden könne. Dieser Verlängerung habe man natürlich nicht zugestimmt. Zum einen weil man die Erklärung an sich nicht für rechtmäßig halte und es zum anderen auch keine Haftung im Sinne des Art. 48 Landesverfassungsgesetzes darstelle. Insgesamt sei es so, dass laut den Anwälten des Landes ein Restrisiko dann bestehe, wenn Mittel aus dieser Veranlagung herausgenommen würden und sich dadurch ein Dritter benachteiligt fühle. In diesem Fall könnte dieser Dritte dann gegen das Land vorgehen. Die Wahrscheinlichkeit hierfür werde von den Rechtsberatern zwar als gering eingeschätzt, die gesamte Risikosituation von den Anwälten des Landes aber genau beobachtet und auch aktiv bearbeitet. Das Land sei weiterhin daran interessiert, aus diesem Geschäft herauszukommen. Da der Verfassungsdienst und auch die externen Rechtsexperten der Meinung seien, dass es sich um keine Haftung im Sinne des Art. 48 Landesverfassungsgesetzes handle, sei es auch in der Darstellung der Haftungsobergrenze nicht abgebildet. Das habe man seit 2014 so gehandhabt. Im Übrigen könne man es auch gar nicht abbilden, weil 2010 keine Haftungsobergrenze festgelegt worden sei. Der Anregung des Landesrechnungshofes, eine Wertberichtigung zu diesem Wertpapier vorzunehmen, werde man mit dem Rechnungsabschluss 2019 folgen. Bisher sei das Papier mit einem Wert von € 4 Mio. in den Büchern abgebildet gewesen. Im Rechnungsabschluss 2019 werde man im Zuge der Wertberichtigung nur mehr einen Erinnerungsposten von € 1,-- verbuchen. Mit Hilfe der international tätigen Rechtsanwälte werde man weiter versuchen, aus diesem Geschäft auszusteigen. Dabei sei man auch in Verbindung mit einer Schweizer Versicherungsgesellschaft, mit deren Hilfe man eventuell dieses Geschäft beenden könne. Außerdem kümmerten sich die Rechtsanwälte auch darum, dass dieses Geschäft, das heuer abgereift wäre, nicht verfalle. Man setze alles daran, es nicht verfallen zu lassen und weitere Probleme zu verhindern. Dieses Wertpapier sei im Grunde genommen das letzte größere Problem aus dem alten Portfolio. Aus der Zeit vor 2010 gebe es auch noch viele Darlehen, die endfällig und mit Swapgeschäften verbunden seien. Auch diese seien nicht ganz risikolos. Das Wichtigste sei aber, dass man zunächst einmal dieses Anthracite-Wertpapier loswerde. Daran arbeite man sehr intensiv.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Schellhorn erklärt in seiner Stellungnahme, dass es sich beim Budget 2020 nicht nur um ein solides, sondern auch um ein ökologisches und soziales Budget handle. Die großen Herausforderungen seien bereits bei Erarbeitung des Regierungsprogrammes formuliert worden. Beim Thema Pflege gehe es jetzt um die Umsetzung der Ergebnisse aus der Pflegeplattform und das schlage sich auch im Budget für 2020 massiv nieder. Das Sozialbudget 2020 betrage insgesamt € 453 Mio. Zusätzlich zu den Steigerungen im Budget sei ein Sondertopf von € 10 Mio. für die Umsetzung der Maßnahmen aus der Pflegeplattform bereitgestellt worden. Im Bereich der Sozialen Dienste könnten aus diesem Topf € 3 Mio. zur Verfügung gestellt werden, etwa für die Verbesserung der Situation in der mobilen Pflege, der Hauskrankenpflege und der Haushaltshilfe. Dies sei ein ganz wesentlicher

Schritt, um die Arbeit in der mobilen Pflege attraktiver zu gestalten, um den Trägern ausreichende finanzielle Ausstattung zu gewähren und um auch die Arbeitsbedingungen und die Gehaltssituation in der mobilen Pflege zu verbessern. Für Menschen mit Behinderung investiere man intensiv in neue Betreuungsformen und neue Möglichkeiten. 2013 sei mit € 73 Mio. begonnen worden und jetzt liege man bei € 118,5 Mio. In diesem Budget würden sich wesentliche Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen abbilden. Dies zeige, dass mit grüner Regierungsbeteiligung die Finanzen des Landes saniert und gleichzeitig die sozialen Leistungen abgesichert und sogar ausgebaut worden seien. Eine weitere Herausforderung stelle die Mobilität und das Klima dar. Es sei erfreulich, dass sich die gesamte Regierung darauf verständigen habe können, den öffentlichen Verkehr umfassend auszubauen. Dies stelle gleichzeitig eine massive Investition in den Klimaschutz dar. Um eine Energiewende im Land Salzburg zu schaffen, gebe es auch im Bereich der Energieförderung zusätzliche Mittel für Photovoltaikförderungen. Im Rahmen des Wachstumsfonds würden auch Großphotovoltaikanlagen, wie zB bei Sony, gefördert. Dies sei ein wesentlicher Beitrag für den Umstieg auf erneuerbare Energien. Im Bereich der Förderung „Heizkessel raus“ gebe es viele Förderfälle und steigende Förderzahlen, wofür weitere € 500.000,- zusätzlich zur Verfügung stünden. Man sehe, dass das Programm „Heizkessel raus und Ölkessel raus“ sehr stark ziehe. Zusammenfassend könne festgestellt werden, dass dieses Budget ökologische und soziale Züge trage. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Schellhorn betont, dass er sich freue, dass die Regierung dieses Budget auf sehr konstruktivem Weg zu Stande gebracht habe. Abschließend bedankt sich Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Schellhorn ebenfalls bei HRⁱⁿ Mag.^a Pumberger-Langthaler für ihre hohe Fachkompetenz und für die konstruktive Begleitung sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Abteilungen, die wesentlich an der Erstellung eines so komplexen Rechenwerks beteiligt gewesen seien.

Landesrätin Mag.^a (FH) Klambauer sagt, es entspreche ihrer Überzeugung, Bildung über alles zu stellen. Bildung beginne nicht erst mit dem ersten Schultag und ende nicht mit dem letzten. Bildung beginne bereits bei den Kleinkindern. Auch aus ökonomischer Sicht halte sie es im Hinblick auf das Budget für die am besten investierten Euros, wenn es gelinge, den Bereich der Kinderbildung voranzubringen. Es freue sie sehr, dass im nächsten Budget € 5 Mio. mehr im Bereich der Kinderbildung und -betreuung ausgewiesen seien. Dies halte sie für einen ganz großen und wichtigen Schritt. Bereits heuer habe man über 800 zusätzliche Plätze, vor allem im Bereich der Kleinkindbetreuung, geschaffen. 800 zusätzliche Plätze erforderten natürlich zusätzliches Budget. Für noch wichtiger halte sie die nun budgetierten € 5 Mio., die gemeinsam mit den Gemeinden in die Kinderbildung, also in den Erhalt und die Weiterentwicklung der Qualität im Bereich der Kinderbildung investiert würden. Es gehe darum, dass es auch in den Kindergärten in Zukunft Rahmenbedingungen gebe, die es ermöglichten, dass deren hohe Betreuungsqualität auch weiterhin gesichert sei. Auch im Bereich der Jugend gebe es ein ganzes Bündel zusätzlicher Maßnahmen, über die sie sich sehr freue. Sie sei davon überzeugt, dass es für Jugendliche entsprechende Rahmenbedingungen brauche, damit sie ihre Zukunft in Salzburg sähen und nicht an Abwanderung dächten. Es brauche aber nicht immer steigende Budgets, um wirkungsvoll tätig werden zu können, wie ein Beispiel aus dem Jugendbereich zeige. Die Jugendlichen in Salzburg bräuchten mittlerweile keinen gedruckten

Freifahrtsausweis mehr, um mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, keinen Schülerschein in den Schulen oder einen Altersnachweis mit sich zu führen, weil sie alles in einer App am Handy hätten. Das funktioniere bereits und sei auf Datensicherheit geprüft. Überdies bringe dies viel an Verwaltungsvereinfachung, da die Erstellung und Versendung der Ausweise entfalle. Die Kosten, um das Programm auf dem neuesten Stand zu halten, seien mit € 100.000,-- vergleichsweise sehr gering. Landesrätin Mag.^a (FH) Klambauer betont, dass man auch mit geringen Investitionen große Wirkung entfalten könne. Weiters geht sie auf den Bereich des Wohnens ein. Wohnen sei natürlich ein Grundbedürfnis der Menschen und eines der Themen, wo man in Salzburg vor sehr, sehr großen Herausforderungen stehe. Das Mietensenkungsprogramm 2019 sei wirklich wichtig und dringend notwendig gewesen. Nachdem im letzten Jahr bereits so große Erfolge mit dem ersten Mietensenkungsprogramm erzielt worden seien, freue es sie sehr, dass es gelungen sei, noch einmal 9.000 Wohnungen einzubeziehen. Das Land Salzburg verzichte auf Zinsen und Tilgungen und damit gelinge es, dass zehntausende Salzburgerinnen und Salzburger dauerhaft stabile Mieten in ihren Wohnungen hätten. Sie halte das für einen Meilenstein und sei sehr froh, dass das gemeinsam gelungen sei. In diesem Zusammenhang gelte ein großer Dank den Gemeinnützigen Bauträgern, weil es einen großen Aufwand bedeute, hunderte Verträge zu überarbeiten. Ein großer Dank gehe auch an das zuständige Referat in der Abteilung Wohnen und Raumplanung. Es sei damit auch gelungen, dass man die stark steigenden Ausgaben im Bereich der Wohnbeihilfe stabilisieren habe können, diese deswegen sogar leicht rückläufig seien. Auch dies sei ein wichtiger Schritt, damit in Zukunft Budgetmittel dafür frei seien, wofür die Wohnbauförderung eigentlich gedacht sei, nämlich für den Wohnbau. Man werde sehen, wie sich die Konjunktur im nächsten Jahr entwickle. Es würde sie freuen, wenn man das gesamte Wohnbaubudget wirklich für den Bau von Wohnungen verwende und zwar in einem guten Mix von geförderten Miet- und Eigentumswohnungen, damit Menschen in Salzburg eine Zukunft hätten. Sie bedanke sich sehr für die Zusammenarbeit und empfinde es als ein Budget, das wirklich auf die Zukunft ausgerichtet sei.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi hält fest, dass wie schon in den letzten Jahren, der Weg der Konsolidierung und der Nachhaltigkeit fortgesetzt werde, ohne auf wichtige Maßnahmen zu vergessen. Dank gelte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilungen, insbesondere der Finanzabteilung. Es liege ein Budget mit großer Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein vor. Es sei nicht nur ausgeglichen, sondern es sei auch wieder ein Abbau des Schuldenstandes in der Höhe von € 6,5 Mio. vorgesehen. Aufgrund einer florierenden Konjunktur fände man derzeit sehr gute Rahmenbedingungen vor und auch der laufende Budgetvollzug sei sehr zufriedenstellend. Mitte der 2000er-Jahre habe man ähnliche Rahmenbedingungen vorgefunden, aber bei weitem nicht diese Schuldentrückzahlungen tätigen können. Es sei der Regierung gelungen, zu gestalten und nicht nur Schulden zurückzuzahlen. Eine große Herausforderung für das kommende Jahr und die weitere Zukunft seien die Bereiche Gesundheit und Soziales. Es sei ein Gebot der Stunde, Maßnahmen zu setzen, die nachhaltige Wirkung erzielten. Auch in anderen Bereichen sei es gelungen, entsprechende Investitionen vorzusehen. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sei in der Vergangenheit intensiv diskutiert worden.

Landesrat Mag. Schnöll sei sehr engagiert an das Thema herangegangen und habe auch bereits erste Maßnahmen setzen können. Im Budget finde sich die Tarifsenkung im öffentlichen Verkehr wieder, die auch Folgemaßnahmen nach sich ziehe. Für die Kinderbildung und -betreuung sei es gelungen, das neue Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz in Umsetzung zu bringen. Insgesamt seien für die Kinderbetreuung rund € 8 Mio. mehr im Budget eingestellt. Einerseits knapp € 5 Mio. für das neue Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz sowie weitere Mittel für neubewilligte Betreuungsplätze und Gruppen. Zusätzlich habe man aber auch darauf geachtet, dass Maßnahmen gesetzt würden für Familien, die Unterstützung brauchten. Dafür seien zusätzlich € 200.000,- im Rahmen eines Familienpaketes vorgesehen worden. Maßgebliche Initiativen setze man auch beim Thema Pflege und Betreuung. Die Pflegeplattform habe mit zahlreichen Expertinnen und Experten ein Jahr intensiv gearbeitet. Jetzt liege ein solides Konzept vor, das Schritt für Schritt umgesetzt werde. € 10 Mio. stünden zusätzlich zum Ausbau im Bereich der Pflege zur Verfügung. Gestartet habe bereits eine Pflegekampagne „Das ist stark“, die Information und Aufklärung über Pflegeberufe als Berufe mit Karrierechancen und Zukunft bieten solle. Diese Kampagne werde in der Branche sehr positiv aufgenommen und als Wertschätzung empfunden. Auch beim Thema der Ausbildungsplätze seien mit zusätzlichen Plätzen für die Bachelorausbildung an der Fachhochschule in Schwarzach bereits Initiativen gesetzt worden. Zusätzlich seien weitere Ausbildungsformen geschaffen worden. Dies alles spiegle sich im Budget wider und erziele auch Wirkung. Massive Investitionen in das Anlagevermögen fänden sich bei Straßenbauprojekten, beim Vorantreiben des Projektes Konradinum, beim weiteren Ausbau der Landessportzentrums in Rif oder beim Grundankauf für die BH Salzburg-Umgebung. Das alles seien wichtige Investitionen, die das Land auch voranbrächten. Insgesamt seien für Investitionen im eigenen Bereich € 78,4 Mio. vorgesehen. Im Hinblick auf Investitionen im Gesundheitswesen seien Mittel für das Tauernklinikum, die Krankenhäuser Mittersill und Schwarzach aber auch für die SALK eingeplant. Es seien Initiativen gesetzt worden, um Salzburg zum lehrlingsfreundlichsten Bundesland zu machen. Auch im Bereich der Wissenschaft und Forschung sei von € 1,9 Mio. auf rund € 2,69 Mio. aufgestockt worden. Die Unwetter und die dadurch angerichteten massiven Schäden hätten gezeigt, wie wichtig es sei, über budgetären Handlungsspielraum zu verfügen. Dadurch sei es möglich gewesen, auch heuer noch kräftig in den Katastrophenschutz zu investieren. Zusammenfassend zeige sich, dass sich das Budget durch Nachhaltigkeit und Enkeltauglichkeit auszeichne.

Klubvorsitzender Abg. Steidl bedankt sich bei allen Bediensteten des Landes für den täglichen Einsatz im Interesse des Landes und besonders bei all jenen, die zur Erstellung dieses Budgets ihre Kompetenz mit eingebracht hätten. Weniger Lob habe er für die Landesregierung und das vorgestellte Budget. Die Rahmenbedingungen ließen deutlich mehr politischen Gestaltungsspielraum zu, doch leider fehle es der Regierung sowohl an Fantasie hinsichtlich einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Entwicklung des Landes, als auch an politischem Gestaltungswillen, was zB die Klimapolitik betreffe. Besorgniserregend seien auch die vor zwei Tagen präsentierten Zahlen des Sozialministeriums, welche Salzburg bis zum Jahr 2030 in der Pflege einen Mangel von rund 4.800 Fachkräften prognostizierten. Aus dem vorliegenden

Budget sei nicht erkennbar, wie man dieser dramatischen Entwicklung in Zukunft entgegenwirke könne, wie man die Einkommensbedingungen in der Pflege verbessern wolle und auch nicht, welche unterstützenden Angebote es für die pflegenden Angehörigen in den nächsten Jahren geben werde. Ebenso besorgniserregend seien die steigenden Miet- und Eigenheimpreise. Die Ziele beim Wohnungsneubau seien verfehlt worden, 2018 um fast 200 Wohnungen und 2019 werde diese Lücke laut Prognose noch wachsen. Es brauche mindestens 1.000 neu-gebaute Wohnungen pro Jahr, um das Angebot und die Preise auf ein leistbares und sozial verträgliches Niveau zu bringen. Die angesprochene Schuldentilgung gehe auf Kosten der Mieterinnen und Mieter. Der Salzburger Landeshaushalt sei unter haushaltswirtschaftlichem Blickwinkel betrachtet in einem guten Zustand. Ziehe man Kennzahlen zur Beurteilung öffentlicher Haushalte heran, dann zeige sich, dass weder das Einnahmen-Ausgaben-Verhältnis, noch die Schuldenlast Anlass zur Sorge gäben. Das Land Salzburg habe in den vergangenen Jahren seine Verpflichtungen im Stabilitätspakt übererfüllt. Kritisch anzumerken sei jedoch, dass es immer noch nicht gelungen sei, eine Vereinbarung mit den Salzburger Gemeinden hinsichtlich der Übertragung des Strukturellen Saldos abzuschließen. Der Voranschlag sei kein großer Wurf. Es gebe nur wenige mutige und auf Problemlösung ausgerichtete neue Impulse und insofern sei der Voranschlag lediglich eine Fortführung der politischen Schwerpunkte der Vergangenheit. Zu begrüßen seien die verstärkten Investitionen im Verkehrsbereich, insbesondere im öffentlichen Verkehr. Positiv zu erwähnen seien auch die zusätzlich für den Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellten Mittel. Diese werde man benötigen, da die Prognosen von einem leichten Rückgang der Konjunktur ausgingen. Auch für die Mobilisierung von Grundstücken im Interesse einer guten Wohnbauleistung werde es mehr Mittel geben, ebenso wie für wichtige Initiativen im Bildungsbereich, was zu begrüßen sei. Die Regierung müsse aber aus dem Verwaltungsmodus herauskommen, um Salzburg wohlstandsfit für die Zukunft zu machen. Dazu brauche es aus seiner Sicht ein großes Infrastruktur-Investitionspaket. Eine moderne Infrastruktur für erfolgreiches und nachhaltiges Wirtschaften sei der entscheidende Vorteil im Wettbewerb der Regionen Europas. Beste Infrastruktur schaffe Arbeitsplätze mit guten Einkommen, stärke den Sozialstaat, ziehe weitere Investoren in unsere Region und steigere das Bildungsniveau und dadurch auch den Wohlstand. Mittel für eine Investitionsoffensive wären jetzt auch zu den aktuellen Kapitalmarktkonditionen günstig zu haben und ein Geschenk für die zukünftigen Generationen. Die letzten Tage und Wochen hätten gezeigt, dass man in Salzburg den Auswirkungen des Klimawandels mit der wichtigsten Ressource des Landes begegnen müsse, nämlich mit Holz. Holz sei nachhaltig. Holz als Wald schütze unsere Lebensräume und Sorge für gute Arbeit mit überdurchschnittlichen Einkommen. Salzburg habe mit innovativen Betrieben und den besten Bildungseinrichtungen in diesem Bereich gute Voraussetzungen dafür, zum Holz-Innovations-, -Kompetenz- und -Forschungszentrum Europas zu werden. Im Hinblick auf die geplante Stromleitung sei er davon überzeugt, dass man der 380 kV-Leitung als Kabelprojekt doch noch eine Chance geben solle. Mit einem wissenschaftlich begleiteten Pilotprojekt solle das Land zeigen, dass es bereit sei, sich auch finanziell in so einem Projekt zu engagieren. Danach solle man überlegen, wie man in Salzburg ein gemeinsames Jahrzehnteprojekt initiieren könne, um Salzburg insgesamt weitestgehend freilei-

tungsfrei zu machen. Dem Budget fehle die Ausrichtung auf die Zukunft. Es bremse die soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Salzburg, daher werde man dem Voranschlag 2020 die Zustimmung verweigern.

Klubobfrau Abg. Svazek BA meint, es sei immer nett, positiv zu beginnen. Deshalb werde sie mit den positiven Dingen anfangen. Hinter so einem Budget stünden viele, viele Stunden der Arbeit, die für dessen Erstellung aufgewendet werden müssten. Sie bedanke sich namens der FPÖ sehr herzlich bei den Bediensteten des Landes für die immer wiederkehrende, herausfordernde Arbeit der Budgeterstellung. Positiv an diesem Budget sei die Schuldentilgung bzw. das Interesse des Landes an einem ausgeglichenen Budget. Es gebe aber auch zahlreiche negative Aspekte im Voranschlag 2020. Die Regierung habe dieses Budget am 18. Oktober mit großer medialer Aufmerksamkeit präsentiert. Sie gehe davon aus, dass die Regierungsparteien das Budget schon ab dem 18. Oktober gekannt hätten. Die Oppositionsparteien hätten zu diesem Zeitpunkt das Budget aber noch nicht gekannt. Man habe de facto nur die Ankündigungen, die Überschriften, die in der Pressekonferenz genannt worden seien, erfahren. Das Budget sei der Opposition erst zehn Tage später zugegangen. Erst dann habe man die Chance gehabt, sich zu äußern, was in diesem Budget stehe. Wenn man von Fairness und Transparenz spreche, stünde es schon gut an, dass die Opposition zumindest am Tag der öffentlichen Präsentation dieses Budget erhalte. Bei der Präsentation habe es viele eigentlich selbstverständliche Aussagen gegeben, wie etwa, dass es Investitionen in Pflege, Spitäler, Kinderbetreuung, Mobilität, Soziales brauche oder dass die Wohnkosten gesenkt werden müssten. Das alles seien Dinge, die man schon seit Jahren höre. Das seien logische Notwendigkeiten, in die investiert werden müsse. Nachdem man aber immer noch darüber spreche, dürften die letzten Budgets eher zukunftsvergessen als zukunftsorientiert gewesen sein. Auch dieses Budget sei ohne Visionen, ohne große Würfe und zukunftsvergessen. Das beste Beispiel dafür sei die Verkehrspolitik, über die man in den letzten 20 Jahren, immer unter ÖVP-Verkehrslandesräten, gesprochen habe. Jetzt rede man wieder darüber. Ihr fehle etwas der Glaube, dass es wirklich zur Mobilitätswende komme. Eine Tarifreform, die man Dutzende Male medial ankündige, sei ein bisschen zu wenig, um eine wirkliche Wende herbeizuführen. Übersichtlichkeit und Transparenz seien auch zwei Schlagworte, die dieses Budget nicht verdient habe. Als Beispiel sei der Verein Akzente zu nennen, der in den unterschiedlichsten Haushaltgruppen und den unterschiedlichsten Ansätzen mit nicht zu unterschätzenden Summen immer wieder auftauche. Dies sei keine grundsätzliche Kritik am Verein Akzente. Aber um einen Überblick zu bekommen, müsste man sich in den Klubs einen eigenen Buchhalter anstellen. Solche Beispiele fänden sich viele im Budget. Ginge es wirklich um Transparenz, könnte man das ganz anders darstellen. Weiters kritisiert Klubobfrau Abg. Svazek BA, dass es nach wie vor Bereiche gebe, wo das Geld locker sitze und hauptsächlich an die eigene Klientel vergeben werde. Hier fehle es auch an Transparenz. Es sei auch zu kritisieren, dass man sich in der Familienpolitik und in der Kinderbetreuung nur an Zielvorgaben und Zahlen orientiere. Sie warte immer noch darauf, dass man sich in der Familienpolitik nicht nach kalten, nackten Zahlen orientiere, sondern nach den Bedürfnissen der Familien. Im gesamten Budget lese sie nicht ein Mal das Wort Wahlfreiheit, das sonst auch immer so gerne in den Mund ge-

nommen werde. Meistens handle es sich nur um die Wahlfreiheit, seine Kinder betreuen lassen zu dürfen und die Wahlfreiheit, neben einer Doppel- und Dreifachbelastung dann auch noch arbeiten gehen zu dürfen. Ihrer Meinung nach sollte es selbstverständlich sein, dass man Politik für die Menschen im Land mache. Sie habe jedoch das Gefühl, dass man sich nur an Zahlen und an Managementkriterien orientiere. Politik sei jedoch etwas anderes als reines Management und man müsse sich auch an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Zur Attraktivierung des Berufs der Kindergartenpädagoginnen erklärt sie, dass man dies nicht wirklich aus dem Budget ablesen könne. Man wolle die Betreuungsplätze sukzessive erhöhen, gleichzeitig stiegen die Anforderungen an die Kindergartenpädagoginnen immer weiter. Eine Wertschätzung in Form von finanzieller Zuwendung und eine Attraktivierung des Berufs könne sie aus dem Budget nicht herauslesen. In Richtung NEOS erklärt sie, dass „Sparen im System“ oder „Sparen bei uns“ Schlagworte seien, die immer wieder gebraucht würden. Bereits im vergangenen Jahr habe es eine Diskussion über das Einfrieren der Parteienförderung gegeben. Dies sei grundsätzlich eine gute Sache, der alle zugestimmt hätten. Wenn jedoch die Parteienförderung eingefroren werde und sich die NEOS für diesen großen Wurf feiern ließen, verstehe sie bis heute nicht, warum die NEOS noch nie einen Antrag eingebracht hätten, die Klubförderung einzufrieren. Hier genehmige man sich Jahr für Jahr mehr. Auch die NEOS würden in den Genuss der Klubförderung kommen. Konsequenter wäre es, wenn auch die Valorisierung der Klubförderung in dieser Periode eingefroren werde. Damit verbunden wäre ein Einsparungspotenzial in Höhe von € 50.000,-. So könne man zeigen, ob man es mit dem Spargedanken wirklich ernst meine. Zur Frage der Beurteilung des vorliegenden Budgets führt sie aus, dass es sich weder um ein transparentes, noch um ein Klimabudget, wie von den GRÜNEN betont, handle. Lediglich jene Beträge, die in den öffentlichen Verkehr flössen, könne man unter Umständen als Klimaausgaben rechtfertigen. Naturschutzprojekte finde man hingegen nicht. Mit den aufgestockten Mitteln des Verkehrsressorts hätte man gerade im Bereich des Naturschutzes Projekte realisieren können, über die man seit Jahren schon rede. Grundsätzlich erfreulich im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs sei die Tarifreform. Diese verschlinge aber auch Unmengen an Geldern. Mit einer Tarifreform alleine sei die Verkehrsproblematik noch nicht gelöst und die Verkehrswende nicht eingeleitet. Es handle sich um eine gut zu verkaufende PR-Maßnahme, bringe das Land in der Verkehrswende aber nicht weiter. Seit Jahren spreche man über eine Straßensanierungsoffensive. Man wisse auch, dass die Schäden an den Straßen noch viel größer und teurer geworden wären, wenn man mit den geplanten Straßenprojekten noch länger gewartet hätte. Der Ausbau von Park & Ride-Anlagen sei auch nicht unbedingt der große Wurf. Für die FPÖ fehle ein Gesamt-Verkehrskonzept. Dieses müsse anscheinend der Bürgerrat für den Verkehrslandesrat erstellen, weil er es selbst offenbar nicht schaffe. Die FPÖ werde der Landesregierung daher zur Seite treten und zeitnah ein eigenes Gesamt-Verkehrskonzept präsentieren. Alleine die Umfahrung Zell am See/Schüttdorf werde € 20 Mio. für zwei, drei Kilometer kosten. Der Grund für den enormen Verkehrszuwachs liege zum einen in der Bevölkerungsentwicklung. Allein im Pinzgau habe sich die Bevölkerung im letzten Jahrhundert verdoppelt, im Flach- und Tennengau habe sich diese verdreifacht, im Lungau sei die Bevölkerung um rund die Hälfte gestiegen. Zum anderen sei auch der Tourismussektor sehr gewachsen. Dieser werde gerade im Pinzgau immer

weiter ansteigen. Dazu trügen auch die aus dem Boden schießenden Chaletdörfer bei. Sie garantiere, dass man sich in ein paar Jahren wieder über Zell am See/Schüttdorf unterhalten werde, weil diese Umfahrung dann nicht mehr ausreichend sein werde, um die Verkehrssituation zu entschärfen. Eigentlich müsse es Ziel sein, die Menschen weg von der Straße in öffentliche Verkehrsmittel zu bringen. Stattdessen gebe man € 20 Mio. für etwas aus, das wahrscheinlich nicht nachhaltig sein werde, wo man jetzt schon wisse, dass man in ein paar Jahren wieder vor der selben Herausforderung stehen werde. Deshalb sei das vorliegende Budget kein Mobilitätsbudget. Zur Frage, ob es sich um ein Sozialbudget handle, erklärt Klubobfrau Abg. Svazek BA, dass man allein auf Grund des Umstandes, dass man für nächstes Jahr ein Ansteigen der Zahlen in der Mindestsicherung erwarte und sich der Soziallandesrat weigere, das unter türkis-blau auf den Weg gebrachte neue Mindesthilfegesetz umzusetzen, das vorliegende Budget noch nicht als Sozialbudget bezeichnen könne. Im Bereich Pflege und Gesundheit seien € 10 Mio. mehr nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie stelle fest, dass das vorliegende Budget kein Sozialbudget, kein transparentes Budget, kein Klimabudget, kein Mobilitätsbudget und kein Pflege- und Gesundheitsbudget sei. Es sei ein Verwaltungsbudget, ein Reaktions- und kein Aktionsbudget. Es sei zukunftsvergessen und ein Budget ohne Vision. Aus diesem Grund gebe es dazu auch von den Freiheitlichen keine Zustimmung.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl führt aus, dass allein der Umstand, ob die politischen Vorhaben bei den Menschen ankämen und ihr Leben verbesserten, letztendlich zeigen werde, ob das Budget tatsächlich ein gutes sei oder nicht. Eine der größten Herausforderungen sei die Klimakrise mit ihren massiven Folgen. Der Landesvoranschlag für das Jahr 2020 sehe in den Bereichen Umwelt, Klima und Energie für die Abteilungen 4 und 5 über € 13 Mio. an Budgetmitteln vor. Damit könnten jene Veränderungen in Gang gesetzt werden, die für die Bewältigung dieser großen Herausforderungen notwendig seien. Die erforderlichen Rahmenbedingungen seien in der Klima- und Energiestrategie Salzburg 2050 und dem damit verbundenen Masterplan 2030 definiert worden. Es seien die Förderungen für erneuerbare Energien um eine weitere Klimamillion aufgestockt worden. Auch für die Förderung von Beratungsleistungen im Bereich Umweltschutz fließe viel Geld. Bürgerbeteiligung und die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Vereine seien zu unterstützen. All diese Maßnahmen dienten natürlich nicht nur unmittelbar dem Klimaschutz, sondern auch der Verhinderung von Umweltkatastrophen. Wenn Österreich die Pariser Klimaziele nicht erreiche, könnte das das Salzburg bis zu € 210 Mio. kosten. Deshalb sei es wichtig, hier kräftig zu investieren und keine Zeit liegen zu lassen. Der allergrößte Hebel in puncto Klimaschutz sei der Verkehr. Sie freue sich, dass es gelungen sei, hier eine Trendwende einzuläuten. Da dies nur gemeinsam gehe, habe man eine Erhöhung des Verkehrsbudgets um weitere 20 % beschlossen. Die Mittel würden für Taktverdichtungen, für das Regionenticket oder für Park & Ride-Anschlüsse verwendet. Darin enthalten seien auch erste Maßnahmen für das kürzlich angekündigte Öffi-Paket im Pinzgau. Ein weiterer Schwerpunkt des Budgets sei der Sozialbereich. Es sei ihr ein besonderes Anliegen, dass das Land Salzburg all seinen Bewohnerinnen und Bewohnern ein soziales Netz biete. Niemand sei vor Schicksalsschlägen gefeit oder könne ausschließen, dass er oder sie vielleicht einmal selbst auf diese Unterstützung zurückgreifen müsse. Die größte Herausforderung sei derzeit die Pflege. Hier gebe es höchsten Handlungsbedarf. Es gehe dabei aber nicht um

Schnellschüsse, sondern darum, die Situation der Pflege dauerhaft für die kommenden Jahrzehnte zu entschärfen. Die Pflegeplattform sei ein Jahr lang zusammengesessen und habe ein Maßnahmenpaket geschnürt, das dafür sorgen solle, dass schon im nächsten Jahr eine Entspannung der Situation zu spüren sein werde. Für Inklusion und Teilhabe stünden 2020 ebenfalls mehr Mittel zur Verfügung. Es habe sich ein Paradigmenwechsel vollzogen. Es gehe um Selbstbestimmung, zB um unterstütztes Wohnen oder auch um persönliche Assistenz. Im nächsten Jahr würden sieben bis zehn Menschen zusätzlich mit persönlicher Assistenz leben und zwar so, wie sie es gerne wollten. Auch für die Kinder- und Jugendhilfe gebe es mehr Geld. In diesem Bereich lohne sich jeder ausgegebene Cent mehrfach. Ein besonderes Anliegen seien ihr die sogenannten Frühen Hilfen. Es handle sich dabei um Hilfen für Familien, die es nicht schafften, zu Familien- oder Elternberatungsstellen zu gehen. Diese Familien bräuchten eine Unterstützung, die zu ihnen nach Hause komme, damit sie ihren Kindern ein geborgenes Zuhause bieten könnten. Ein großer Unsicherheitsfaktor des Budgets sei die Mindestsicherung bzw. die Sozialhilfe. Es bestehe hier die Hoffnung, dass der Verfassungsgerichtshof die Bundesvorgabe noch kippe und damit der Salzburger Weg fortgesetzt werden könne. Abschließend bemerkt Klubobfrau Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl, dass man sich zu einem innovativen und kreativen Kulturleben quer durch alle Bevölkerungsschichten und Regionen bekenne. Es gelte das Motto „Kunst und Kultur für alle“, weil man davon überzeugt sei, dass Kunst und Kultur ein wirksames Mittel zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sei. Alle diese Investitionen seien nachhaltige Investitionen in Kreativität, Innovation, Weltoffenheit und den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Klubobmann Abg. Egger MBA bedankt sich zunächst bei den Koalitionspartnern für die wertschätzende Umgangsweise, die konstruktive Zusammenarbeit und die Bereitschaft, einen gemeinsamen Weg zu gehen. Ein weiterer Dank gehe an alle Referate und Abteilungen des Amtes für die Lieferung der Grundlagen des Budgets, ganz besonders an die Finanzabteilung für die professionelle Erarbeitung und Erstellung der Unterlagen. Die Kritikpunkte der Opposition sehe er naturgemäß anders. Das Budget 2020 sei stabil, nachhaltig, zukunftsorientiert, ökologisch und auch sozial. Es unterstreiche das Vorhaben der Regierung, Salzburg gemeinsam zu bewegen. Die Ausgaben und Investitionen würden mit Hausverstand getätigt und erfolgten - wie schon erwähnt - in den wichtigsten Bereichen. So würden zB mehr Mittel in den Bereichen Soziales, Pflege und Betreuung aufgewendet. Durch die erhöhten Investitionen im Bereich des Gesundheitswesens könne ein massiver Ausbau bei den Spitälern im Innergebirge stattfinden. Das seien sehr wichtige Maßnahmen, um die Attraktivität der Regionen zu stärken. In den Ressorts von Landesrätin Mag.^a (FH) Klambauer seien wichtige und richtige Schritte gesetzt worden, beispielsweise bei Kinderbetreuung, Kinderbildung und Jugendarbeit. In der Wohnbauförderung gebe es spezielle Bereiche in die investiert werde, wie das Mietensenkungsprogramm und die Grundstücksmobilisierung, um nur die zwei wichtigsten zu nennen. Zur Kritik von Klubvorsitzenden Steidl, dass nicht alle Ziele der Wohnbauförderung erreicht worden seien, räumt Klubobmann Abg. Egger MBA ein, dass dies zutreffend sei. Dafür sei aber weder Landesrätin Mag.^a (FH) Klambauer noch die zuständige Abteilung verantwortlich zu machen. Es sei einfach so, dass hier Mittel nicht abgerufen worden seien. Diese würden offenbar nicht benötigt. Ein weiterer Schwerpunkt des Budgets werde auf die Themen

Klima-, Naturschutz und Energiewende gelegt. Auch im öffentlichen Verkehr sei es zu einer Erhöhung der Gelder gekommen, ebenso wie in Forschung und Entwicklung, in der Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik, Sprachförderung und der Berufsschulensanierung etc. Positiv zu erwähnen sei auch, dass die Schulden weiter abgebaut und keine weiteren gemacht würden. Ein wesentlicher Bereich sei noch die von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl erwähnte Umschuldung von € 175 Mio., welche derzeit für in der Vergangenheit aufgenommene Darlehen geplant sei. Bei den momentan niedrigen Zinssätzen sei dies eine sehr sinnvolle Maßnahme, um die Zinsbelastung zu senken. Abschließend betont Klubobmann Abg. Egger MBA nochmals, dass es sich aus seiner Sicht um ein sehr solides und stabiles Budget handle, das in die richtige Richtung gehe.

Spezialdebatte zu den einzelnen Haushaltsgruppen:

Haushaltsgruppe 0: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

Abg. Dr. Maurer bringt für die SPÖ einen Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht, bei den Erläuterungen einheitliche, aussagekräftige und verpflichtende Standards bzw. Kriterien umzusetzen. Insbesondere dahingehend, dass bei allen wesentlichen Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (MVAG) aussagekräftige Erläuterungen zu finden sind, aus denen hervorgeht, weshalb und wofür die Reduzierung oder Erhöhung der MVAG notwendig ist und verwendet wird.

Dieser Entschließungsantrag wird in der Diskussion modifiziert

Die Landesregierung wird ersucht, aussagekräftige Erläuterungen zeitnahe ab dem LVA 2021 anzustreben. Insbesondere dahingehend, dass bei allen wesentlichen Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (MVAG) aussagekräftige Erläuterungen zu finden sind, aus denen hervorgeht, weshalb und wofür die Reduzierung oder Erhöhung der MVAG notwendig ist und verwendet wird.

und einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Schöppl bringt für die FPÖ einen Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle für das Salzburger Parteienförderungsgesetz (S.PartfördG), zuletzt geändert durch LGBl Nr 72/2018, auszuarbeiten, die vorsieht, dass für die 16. Gesetzgebungsperiode auch die Höhe der Unterstützung der Landtagsarbeit nach dem 2. Abschnitt dieses Gesetzes von der Valorisierung ausgenommen wird.

der mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen der FPÖ - sohin mehrstimmig - abgelehnt wird.

Abg. Dr. Schöppl bringt für die FPÖ einen Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, den Landesvoranschlag zukünftig zum Zeitpunkt der Präsentation sämtlichen im Salzburger Landtag vertretenen Landtagsparteien in digitaler Form zu übermitteln.

der mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - abgelehnt wird.

Die Haushaltsgruppe 0 wird

im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 389.864.500,-- und

im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 250.400.000,--

mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Die Haushaltsgruppe 1 wird

im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 7.049.800,-- und

im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 7.076.700,--

mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

Die Haushaltsgruppe 2 wird

im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 164.192.900,-- und

im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 148.004.300,--

mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus

Die Haushaltsgruppe 3 wird

im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 45.959.100,-- und

im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 48.425.600,--

mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Die Haushaltsgruppe 4 wird

im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 253.354.800,-- und

im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 204.073.400,--

mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 5: Gesundheit

Die Haushaltsgruppe 5 wird

im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 392.017.600,-- und

im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 394.747.500,--

mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Die Haushaltsgruppe 6 wird

im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 171.771.000,-- und

im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 158.678.900,--

mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 7: Wirtschaftsförderung

Die Haushaltsgruppe 7 wird

im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 81.846.400,-- und

im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 81.846.400,--

mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 8: Dienstleistungen

Die Haushaltsgruppe 8 wird

im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 1.203.800,-- und

im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 4.460.000,--

mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 9: Finanzwirtschaft

Abg. Dr. Schöppl bringt für die FPÖ einen Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird beauftragt, eine Kosten-Nutzen-Analyse über den Erwerb der Gesellschaftsanteile der Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation in Höhe von 26,13 % von der Energie AG Oberösterreich Service- und Beteiligungsverwaltungs-GmbH erstellen zu lassen und diese dem Salzburger Landtag bis 30. Juni 2020 vorzulegen.

Landeshauptmann Dr. Haslauer führt zum Entschließungsantrag aus, dass eine Kosten-Nutzen-Analyse für ein Unternehmen von der Größe der Salzburg AG ganz enorme Kosten verursachen würde. Weiters berichtet er, dass nach einem ad hoc Telefonat mit Generaldirektor Prof. KR DDr. Steinecker MBA (Energie AG Oberösterreich) dieser mitgeteilt habe, dass die Energie AG Oberösterreich mit der Beteiligung sehr zufrieden und derzeit ein Verkauf der Anteile der Salzburg AG kein Thema sei.

Aufgrund der Ausführungen von Landeshauptmann Dr. Haslauer zieht Abg. Dr. Schöppl den Entschließungsantrag zurück.

Die Haushaltsgruppe 9 wird

im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von plus € 1.234.045.400,-- und

im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von plus € 1.235.007.300,--

mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Spezialdebatte zum Landeshaushaltsgesetz 2020:

§ 1

Der Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Haushaltsjahr 2020 mit folgenden Gesamtbeiträgen:

Im Ergebnishaushalt:

Aufwendungen € 3.004.552.900,--

Erträge € 2.731.338.400,--

somit mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 273.214.500,-- sowie

im Finanzierungshaushalt:

Auszahlungen € 3.055.444.900,--

Einzahlungen € 2.992.739.400,--

somit mit einem Geldfluss aus der VA-wirksamen Gebarung in Höhe von minus € 62.705.500,--

wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

§ 2 Mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

§ 3 Haftungsobergrenzen wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

§ 4 Ermächtigung der Landesregierung zur Vornahme von Umschuldungen wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

§ 5 In- und Außerkrafttreten wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Vorlage der Landesregierung über den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Jahr 2020 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2020, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2021 bis 2024 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2020 - LHG 2020) wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Finanzausschuss stellt mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen der SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Der vorliegende Landesvoranschlag für das Jahr 2020 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2020, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2021 bis 2024 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2020 - LHG 2020), werden zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 27. November 2019

Der Vorsitzende:

Mag. Mayer eh.

Der Berichterstatter:

Pfeifenberger eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 11. Dezember 2019:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.